

BÜDINGEN. Für das Bündnis für Demokratie und Vielfalt war 2018 prägend. Der Protest für Demokratie wurde vielfältiger und niedrigschwellig und erreichte damit eine breitere Akzeptanz. Boris Winter, Jasmin und Lothar Euler, Andreas Weik und Uwe Knecht sprachen mit dem Kreis-Anzeiger über Glanz- und Tiefpunkte 2018, Sätze, die sie nicht mehr hören können, und ihre Reaktion auf das geplante Rechtsrockkonzert.

Wie sieht Ihre Bilanz für 2018 aus?

Boris Winter: Eine tolle Veranstaltung war die U18-Wahl im September. Wir haben eine super Außenwirkung erzielt und das erste Mal eine größere Zahl junger Menschen erreicht.

Andreas Weik: Der Fokus lag bisher auf dem Wolfgang-Ernst-Gymnasium (WEG). Wir arbeiten bereits über das Projekt „Augen auf – Rassismus schläft nicht“ mit dem WEG zusammen. Wir müssen allerdings nächstes Jahr mehr an die Beruflichen Schulen gehen. Auch der Kontakt zur Haupt- und Realschule muss ausgebaut werden.

Lothar Euler: Unsere Aktivitäten haben im August mit dem interkulturellen Kinderfest und dem evangelischen Gemeindefest Fahrt aufgenommen. Da waren viele Initiativen und Vereine beteiligt, unter ihnen das Bündnis für Demokratie und Vielfalt. Seit dieser Veranstaltung hatten wir einen Zuwachs von fünf Aktiven.

Andreas Weik: Das Gemeindefest war für uns als Kirchengemeinde der Durchbruch für ein offenes Miteinander. Man hat sich vernetzt und viele haben gespürt, das ist eine gute Sache, da mache ich mit. Vor allem war es eine Non-Profit-Veranstaltung. Die Menschen von der Büdinger Tafel haben im Nachhinein gesagt: „Das war endlich mal ein Fest für uns“. Dies war das schönste Lob. Dieser gute Geist der Veranstaltung wurde dann in das Konzert im November weitergetragen.

Lothar Euler: Vor dem Konzert wurden fast alle Vereine der Stadt gefragt, ob sie mitmachen wollen. Ob es der Spieltreff aus Wolf, die Sänger aus Aulendebach und Rohrbach, der FC Viktoria Eckartshausen, die Herrnhager, der Schützenverein oder das Bürgerforum Steinernes Haus waren ... Mit ihrer Teilnahme wurden viele Bürger aus der gesellschaftlichen Mitte repräsentiert.

Was lief denn 2018 nicht so gut?

Andreas Weik: Unsere Kundgebung bei dem Bundeskongress der Jungen Alternative verlief unglücklich. Das hatte für uns zur Folge, dass wir etwas ändern mussten. Zeitgleich gab es einen Schub für die noch engere Zusammenarbeit mit der Stadt.

Bei dieser Kundgebung kooperierten Sie mit der Gewerkschaft. Viele Teilnehmer der Kundgebung haben deren Beiträge als laut und aggressiv wahrgenommen ...

Lothar Euler: Grundsätzlich wird man, wenn die Gewerkschaft mit im Boot ist, in die linke Ecke gestellt. Das Bündnis hat mit links oder rechts gar nichts zu tun. Wir sind gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Dabei sind wir komplett breit aufgestellt. Auch Mitglieder der CDU gehören zu unserem Bündnis. Die Einordnung des Bündnisses wird oft falsch dargestellt.

Andreas Weik:

Wir sind für Demokratie, Vielfalt und die Werte, die im Grundgesetz verankert sind, und wehren uns gegen die Kräfte, die dies in Frage stellen wollen.

Uwe Knecht: In Büdingen muss sensibler vorgegangen werden, als in anderen Kommunen. Die Bürger sehen nicht die ursprüngliche Veranstaltung der Rechtsextremen an sich als das Problem, sondern wir stehen plötzlich mit unseren zeitgleichen Kundgebungen im Fokus und werden als „die“ Störer wahrgenommen. Ganz im Gegenteil: Wir wollen ein harmonisches Miteinander und den Büdinger Bürgern peu à peu unsere Ziele nahebringen.

Boris Winter: Unser Fazit aus dieser

Nicht auf jeden Atemzug mit Schnappatmung reagieren

Bündnis für Demokratie und Vielfalt in Büdingen: Über Glanz- und Tiefpunkte 2018 und nachdrücklichen Protest



Ein Erfolg für das Bündnis für Demokratie und Vielfalt: Über 700 Bürger haben sich bereits für die Aktion „Gesicht zeigen“ fotografieren lassen. Jasmin Euler, Boris Winter, Andreas Weik, Uwe Knecht und Lothar Euler (v.l.) im Gespräch über Glanz- und Tiefpunkte. Foto: Lenz

einen Kundgebung war, dass es bei allem Konsens in der Sache schwierig ist, mit bestimmten Gruppierungen zusammenzuarbeiten. Wir sind keine Großstadt, wo man vielleicht mal mit einer anderen Tonart oder Maßnahmen wie Blockaden herangeht. In Frankfurt funktioniert das möglicherweise, in Büdingen nicht.

Andreas Weik: Einerseits ist diese Art von Protest zu 100 Prozent nicht meine, andererseits finde ich die Art und Weise völlig berechtigt. Sie legen den Finger in die Wunde. Und sie wollen zeigen, dass hier massiv rechtsextreme Strukturen aufgebaut werden und man genauer hinschauen und wachsam bleiben muss.

Die Kirche ist politisch und sehr deutlich geworden. Wie ist das möglich, ohne den Anlass für das Handeln genau zu benennen?

Andreas Weik: Man muss es klar benennen. Die Frage ist, welchen Weg man wählt. Wichtig ist zum einen, dass man gewalttätige Auseinandersetzungen mit allen Mitteln verhindern muss. Das zweite ist die Strategie, wie ich jemanden erreichen will. Die Demonstration vom 30. Januar 2016 steckt uns allen noch in den Knochen und hat viele Leute verschreckt. Die Barrikaden, der schwarze Block, die Lahmlegung der Stadt, die Einkesselung unserer Demonstranten sind Dinge, die man in Büdingen so nicht mehr erleben will.

Auf den Kundgebungen sah man lange Zeit immer nur dieselben Gesichter. Warum kommt die breite Unterstützung der Parteien nicht so richtig in Gang?

Boris Winter: Genau diese Frage hatte Horst Richter (SPD) auf der jüngsten Stadtverordnetenversammlung formuliert. Er selbst kündigte an, sich in Zukunft mehr zu beteiligen und appellierte an seine Kolleginnen und Kollegen, es ihm gleich zu tun.

Lothar Euler: Ein Anfang ist mit der Konzertveranstaltung gemacht. Da ha-

ben sich einige Kommunalpolitiker zu unserer Veranstaltung bekannt.

Mit dem Konzert hat sich scheinbar die Außendarstellung gewandelt. Warum dauert es so lange, bis man die, die ohnehin ein politisches Verständnis haben, für die Sache gewinnt?

Uwe Knecht: Mein Eindruck ist, dass das Bündnis noch nicht als ernst zu nehmender Ansprechpartner wahrgenommen wird. Unsere Strukturen fangen allmählich an, sich zu entwickeln. Und es wird oft und sicher auch zu Recht mit Zeitgründen argumentiert.

Lothar Euler: Es ist eine Grundsatzfrage, wie man mit dem Thema umgeht. Bei vielen Stadtverordneten ist die Meinung verbreitet, dass man das tolerieren und nichts machen sollte.

Andreas Weik: Diese Frage ist absolut berechtigt. Ich tue mich selbst schwer, sie zu beantworten.

Uwe Knecht: Man muss sicher nicht bei jedem Atemzug der Rechtsextremen mit Schnappatmung reagieren. Man könnte erwägen, nicht immer auf die Straße zu gehen. Aber man darf es nicht totschweigen.

Was heißt das für die künftige Ausrichtung des Bündnisses?

Andreas Weik: Wir arbeiten vielfältiger als vorher. Ein gutes Beispiel ist die Aktion „Gesicht zeigen“. Sie ist niedrigschwellig. Mit meinem Foto erziele ich eine gewisse Öffentlichkeitswirkung. Andererseits ist es ein stiller Protest, der anderen wiederum nicht ausreicht.

Ist ein Bild eine politische Aussage?

Andreas Weik: Es gab für viele eine Hemmschwelle, sich überhaupt fotografieren zu lassen. Das sind Ängste, die ich auch für berechtigt halte. Je mehr Leute es wurden, desto kleiner wurde die Angriffsfläche. Bisher haben sich über 700 Personen fotografieren lassen. Diese Aktion geschah in dem Wissen, dass die Bilder auch in der digitalen Welt verbreitet werden. Die Banner und Plakate können das ganze Jahr in Büdingen hängen. Damit nimmt man auch in Kauf, angesprochen und konfrontiert, aber auch verunglimpft zu

werden. Manche sind extra gekommen, um sich fotografieren lassen. Ich war überrascht, welche Leute sich fotografieren ließen und welche nicht.

Wie setzen Sie den Maßstab für künftige Kundgebungen an?

Boris Winter: Bei kleinen Veranstaltungen muss man meiner Ansicht nach nicht immer auf die Straße gehen, bei einem NPD-Bundesparteitag oder Bundeskongress der Jungen Alternative hingegen schon. Man muss nicht brüllen, aber ein Gegenstatement setzen. Auch wenn da nur 30 oder 40 Leute stehen, zeigen sie, dass man es nicht zulässt. Das ist ein wichtiges Signal.

Lothar Euler: Das Argument, dass man die Veranstaltungen mit einem Gegenprotest aufwertet, stellt sich für mich nicht. Die NPD ist eine verfassungsfeindliche Partei, der per Gerichtsbeschluss nachgewiesen wurde, dass sie die Ideologien der NSDAP vertritt. Das kann ich doch nicht so stehen lassen, nur weil andere der Meinung sind, dass unsere Veranstaltungen sie aufwerten.

Andreas Weik: Den Satz „die NPD ist eine demokratische Partei“ hören wir immer wieder. Nein, die NPD ist nicht demokratisch. Sie ist in unserer Demokratie nur geduldet, weil man sie Bundesweit für zu unbedeutend hält.

Lothar Euler: Ich vergleiche das mit einer 30-Kilometer-Zone. Wenn dort jeder 50 Stundenkilometer fährt und sagt, es passiert doch nichts, geht das so lange, bis einer totgefahren wird. Als solche die Mitglieder der NSDAP 1923 im Ratskeller in München trafen, nahm sie auch keiner ernst.

Uwe Knecht: Die NPD ist nur die Spitze des Eisbergs, das Problem ist viel größer. Spätestens wenn die AfD einen Ortsverband in Büdingen gründet, werden wir hier eine neue Eskalationsstufe erfahren. Die AfD hat eine größere gesellschaftliche Akzeptanz als die NPD und sammelt die Überläufer aus der NPD und anderen extremen Gruppen. Doch es gibt noch eine breite Masse, die sich nirgends zuordnen lässt. Al-

so Menschen, die antidemokratisch, rassistisch, fremdenfeindlich oder homophob denken.

Am 5. Januar kommt mit dem geplanten Rechtsrockkonzert der NPD der nächste Hammer ...

Uwe Knecht: Es werden Leute nach Büdingen kommen, die schon alleine durch ihr Auftreten und Aussehen Angst auslösen können. Wir werden daher keine Gegendemonstration veranstalten, aber unsere Banner „Gesicht zeigen“ aufhängen, damit deutlich wird, dass Büdingen anders ist. Wir werden jegliche Art des aktiven Gegenprotestes vermeiden, weil wir die Sicherheit der Teilnehmer nicht garantieren können.

Lothar Euler: Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte eine Kundgebung direkt vor der Halle vorgeschlagen, doch das haben wir abgelehnt. Darüber sind wir uns mit der Antifa BI auch einig. Mit noch mehr Power und weiteren Megafonen bewirkt du genau das Gegenteil. Sollte das Rechtskonzert stattfinden, ist das nochmals eine ganz

» Die Demonstration vom 30. Januar 2016 steckt uns allen noch in den Knochen und hat viele Leute verschreckt. «

Andreas Weik, Demokratie leben

andere Stufe, die wir in Büdingen noch nie hatten. Da ist nicht nur die Polizei, sondern auch der Verfassungsschutz im Spiel. Das muss man denen, die das ständig verharmlosen, mal klarmachen, dass hier etwas im Gange ist, weil irgendwelche Vollidioten was nach Büdingen tragen.

Boris Winter: Wenn das Konzert stattfindet, wird Büdingen zur Festung, ohne dass wir einen Finger krumm gemacht haben.

Was sind Ihre Ziele fürs nächste Jahr?

Lothar Euler: Die Europawahl hat eine große Tragweite. Ziel ist es, alle weiterführenden Schulen mit ins Boot zu holen und die Wahlbeteiligung zu verbessern.

Andreas Weik: Unser Anliegen ist auch, Leute, die als Einzelkämpfer unterwegs sind, einzubinden und diese Kräfte zu bündeln. Unsere Aktion „Gesicht zeigen“ wird weitergeführt.